

Generalsekretär Peter Hintze:

Regierung hat ihren Fahrplan eingehalten

Die jüngsten Beschlüsse der Koalition haben bewiesen: die Regierung hält ihren Fahrplan ein. Die anstehenden Probleme werden Schritt für Schritt gelöst. Widerlegt wurden all jene, die seit Wochen lauernd auf ein Scheitern gewartet haben. Das Gegenteil ist eingetreten: zur Halbzeit der Legislaturperiode sind politische Lösungen für wesentliche Aufgaben gefunden worden und die Perspektive ist klar:

■ Es wurde ein Haushalt beschlossen, der sowohl den Herausforderungen an die Solidarität aller Deutschen als auch der unverzichtbaren Solidität Rechnung trägt. Dabei hat der Aufbau Ost klaren Vorrang vor dem weiteren Ausbau West.

■ Mit dem Beschluß zur Einführung einer solidarischen Pflegeversicherung wurde endlich die letzte große Lücke im sozialen Netz geschlossen.

■ Mit dem Beschluß, das für die Verteidigung notwendige Jagdflugzeug den neuen sicherheitspolitischen Gegebenheiten in der Welt und den neuen finanzpolitischen Prioritäten in Deutschland anzupassen, hat die Regierung ein hohes Maß an Durchsetzungsfähigkeit bewiesen.

Diesem entschiedenen Regierungshandeln steht eine Opposition gegenüber, die jede konstruktive Alternative schuldig bleibt. Die SPD unterstellt offensichtlich dem Wähler ein Kurzzeitgedächtnis, wenn

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Helmut Kohl

Vorrang in unserer Politik haben die neuen Bundesländer. Seite 3

● Wolfgang Schäuble

Pflegeversicherung: Ein mutiger Schritt. Seite 5

● Peter Hintze

Orientierungspunkte zur Unterstützung des Reformprozesses in den GUS-Staaten. Seite 7

● Asyl

Zahl der Asylanten hat sich im ersten Halbjahr 1992 verdoppelt. Seite 10

● Reinhard Göhner

Das „C“ lassen wir uns nicht nehmen. Seite 11

● Öffentlichkeitsarbeit

Sommerwerbemittel. Seite 26

● Dokumentation

Ergebnisse der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro. Grüner Teil

Versprochen – Gehalten

Auf der Landesdelegiertenversammlung des Rings christlich-demokratischer Studenten in Hessen am 4. Juli 1992 in Marburg erklärt der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl:

Mit den Entscheidungen der letzten Tage haben die Koalition und die Bundesregierung erneut ihre Handlungsfähigkeit bewiesen. Ich gebe nur einige Beispiele, welche schwierigen politischen Entscheidungen diese Bundesregierung im letzten Monat gefällt hat und welche umfangreiche Gesetzesvorhaben sie durchgesetzt oder auf den Weg gebracht hat:

- Das Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität
- Das Gewinnaufspürungsgesetz
- Das erste Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht
- Die Vermögensrechtsänderungsgesetzgebung

- Das Zinsabschlaggesetz
- Den Nachtragshaushalt 1992
- Das Konzept zur Gesundheitsreform
- Die grundsätzliche Einigung mit der FDP zur Asylpolitik
- Das Konzept für die Pflegeversicherung
- Die Grundsatzbeschlüsse zum Jäger 90
- Der Kabinettsbeschluß zur Anpassung der Mieten in den jungen Bundesländern
- Der Grundsatzbeschluß zur weiteren Finanzausstattung der jungen Bundesländer
- Der Bundeshaushalt 1993

Das ist mehr als frühere Bundesregierungen in vielen Monaten zustande gebracht haben. Die Koalition hat damit die selbst gesetzten Vorhaben erfüllt und die für unser Land wichtigen politischen Entscheidungen zeitgerecht getroffen.

(Fortsetzung von Seite 1)

sie vor einem Jahr die Einführung eines Solidaritätszuschlages kritisierte und heute deren Fortfall beklagt. Außer dem Versuch, der jeweiligen Stimmungslage mit einem politischen Positionswechsel zu begegnen, hat die SPD noch keinen konkreten Beitrag zur Lösung der Probleme in Deutschland geleistet. Unter Björn Engholm ist die SPD zur schwächsten Opposition der Nachkriegszeit geworden.

Entgegen der Behauptungen von Engholm und Klose ist es auch im sozialen Bereich gelungen, durch eine gerechte

Gesundheitskostenreform sowie durch die geplante Pflegefallversicherung die soziale Absicherung der Menschen im vereinten Deutschland langfristig auf dem bestehenden hohen Niveau zu sichern bzw. bestehende Ungerechtigkeiten weiter abzubauen.

Es gibt deshalb zur bestehenden Koalition aus CDU, CSU und FDP keine Alternative — weder von der Kompetenz noch von der politischen Übereinstimmung her. Auch in Zukunft wird es keine wechselnden Mehrheiten geben. Wir setzen darauf, daß alle Partner in der Koalition die gemeinsam erarbeiteten Beschlüsse tragen und umsetzen.

Helmut Kohl:

Vorrang in unserer Politik haben die neuen Bundesländer

Bundeskanzler Helmut Kohl gab auf der 12. Konferenz mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Bundeskanzleramt am 2. Juli 1992 folgende einleitende Erklärung ab: Die Bundesregierung und die Koalition haben in den letzten Wochen erhebliche Anstrengungen unternommen, um wichtige anstehende Fragen zur Entscheidung zu bringen. Wir haben die Zusage eingehalten, bis zum 1. Juli wesentliche Weichenstellungen vorzunehmen.

Die Bundesregierung hat den Bundeshaushalt 1993 beschlossen. Dabei haben wir entschieden, die mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion begonnene und mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost nochmals verstärkte Politik mittelfristig fortzusetzen.

Die Investitionszulage für die neuen Bundesländer in Höhe von acht Prozent bzw. in der zweiten Stufe von fünf Prozent wird verlängert. Die Mittel für die Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur werden 1993 auf 4,35 Mrd. DM aufgestockt, nachdem wir bereits im Nachtragshaushalt 1992 zusätzlich 1,9 Mrd. DM zur Verfügung gestellt hatten.

Auf dem Europäischen Gipfel in Lissabon haben wir im übrigen erreicht, daß die Europäische Gemeinschaft neben den neuen Bundesländern auch Ost-Berlin als sogenanntes „Ziel-1-Gebiet“ einstuft. Das bedeutet: Das gesamte Gebiet der ehemaligen DDR bekommt im Rahmen der

europäischen Regionalpolitik die Höchsthilfe. Dies erschien noch bis vor kurzem kaum erreichbar.

Hinzu kommt ein neues kompaktes Mittelstandsprogramm von Treuhandanstalt und Bundesregierung, mit dem vorrangig für Mitbürger aus den neuen Bundesländern der Erwerb von Liegenschaften und Unternehmen sowie Existenzgründungen nachhaltig erleichtert werden sollen. Mit sogenannten Miet-Kauf-Möglichkeiten wird das Entstehen eines ostdeutschen Mittelstandes wirksam gefördert.

Darüber hinaus haben wir die rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in den neuen Bundesländern mit dem Zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz nochmals nachhaltig verbessert. Außerdem haben wir uns auf Eckwerte für das Entschädigungsgesetz verständigt. Damit beseitigen wir einen Großteil der Unsicherheit in diesem wichtigen Bereich.

Die Investitionsförderung wird weiterhin durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik flankiert. Wir brauchen diese Arbeitsmarktpolitik, um die schwierige Phase des Übergangs zu überbrücken.

Dabei muß auch in den alten Ländern jeder begreifen, daß die Menschen in Ostdeutschland einen tiefgreifenden Strukturwandel erleben. Ihnen wird in kurzer Zeit ein ungewöhnlich hohes Maß an Anpassungsvermögen und Umstellungsbereitschaft abverlangt. Unsere Unterstützung brauchen ganz besonders diejenigen, die auf Grund ihres Lebensalters nicht die Chance haben, noch einmal von vorne zu beginnen. Deshalb haben wir das Altersübergangsgeld nochmals bis Ende 1992 verlängert.

Im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wollen wir ein neues Instrument einführen und damit gleichzeitig so wichtige und langwierige Vorhaben wie die Umweltsanierung auf eine sichere finanzielle Grundlage stellen. Um dies zu

erreichen, wollen wir Lohnersatzleistungen — also Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe — in Lohnkostenzuschüsse für solche Projekte umwandeln, bei denen nicht die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen besteht.

Dies hat einen doppelten positiven Effekt: Die Umweltsanierung kann weitgehend im bisherigen Umfang fortgeführt werden. Zugleich entstehen auf diese Weise vollwertige Arbeitsplätze außerhalb von ABM.

Die Bundesregierung hat ihren haushaltspolitischen Spielraum ausgeschöpft. Allein der Bund — als Hauptträger der Finanzierungslasten — bringt in diesem Jahr netto etwa 55 Mrd. DM für die neuen Bundesländer auf. Zählt man die entsprechenden Ausgaben von Ländern und Gemeinden und insbesondere der Sozialversicherungen hinzu, ergibt sich ein Gesamtbetrag aller öffentlichen Haushalte von netto rund 140 Mrd. DM. Ich stehe zu dieser großen Kraftanstrengung und verteidige sie auch gegenüber denjenigen in den alten Bundesländern, die dies als Last und Opfer empfinden und Kritik daran üben.

Wer eine Bestandsaufnahme dessen vornimmt, was wir in den letzten zwei Jahren erreicht haben, kann leicht erkennen: Seit Einführung der D-Mark in der damaligen DDR ist der Aufbau an vielen Stellen vorangekommen.

Deutliche Fortschritte verzeichnen wir bei der Schaffung einer modernen Infrastruktur im Verkehrs- und Kommunikationsbereich und bei der Ansiedlung von Unternehmen. Auch bei der Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe gibt es bemerkenswerte Fortschritte. In der Arbeit der Treuhandanstalt gewinnt gleichzeitig die Sanierungsaufgabe zunehmend an Gewicht.

Zu verzeichnen sind aber auch Enttäuschungen und Rückschläge. Vor allem

der nahezu völlige Zusammenbruch des Osthandels belastet viele Unternehmen zusätzlich bei ihren Bemühungen zur Umstrukturierung und Sanierung. Hinzu kommt, daß die Betriebe in der ehemaligen DDR noch stärker heruntergewirtschaftet worden waren, als die meisten Fachleute angenommen hatten.

Nach zweijähriger Erfahrung und mit unserer heutigen Kenntnis über die tatsächliche wirtschaftliche Ausgangslage in der ehemaligen DDR bei der Wiedervereinigung wissen wir: Der Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft in den neuen Bundesländern wird länger dauern und teurer werden als ursprünglich allgemein vermutet.

Die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, ist eine Aufgabe aller. Auch die Länder und Gemeinden, die Tarifpartner und alle am Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Einheit Beteiligten müssen sich auf die neuen zeitlichen Perspektiven einstellen und ihre Strategie stärker mittelfristig ausrichten.

Zitat

Die menschenfreundliche Kraft des „C“, die für Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit steht, ist und bleibt auch für Menschen anziehend, die der Kirche entfremdet sind. Wenn das „C“ allerdings für konfessionelle oder religiöse Politik stehen würde, dann würden sie sich irritiert zurückziehen — übrigens aus gutem Grunde. Schließlich ist die CDU eine Partei und keine Glaubensgemeinschaft.

**CDU-Generalsekretär
Peter Hintze im Deutschen
Allgemeinen Sonntagsblatt,
4. 7. 1992**

Wolfgang Schäuble:

Pflegeversicherung: Ein mutiger Schritt

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP haben in der vergangenen Woche die Einführung einer Pflegeversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenkassen beschlossen. Damit haben sie ihr Versprechen eingehalten, bis zur parlamentarischen Sommerpause ein tragfähiges Konzept zur Lösung eines immer drängender werdenden sozialpolitischen Problems vorzulegen.

Für die Unionsparteien ist wichtig, daß die Absicherung des Pflegerisikos nach dem sogenannten Umlageverfahren erfolgen soll. Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden die Beiträge, die zur Finanzierung der Pflegeversicherung nötig sind, jeweils zur Hälfte tragen müssen. Diese Lösung ist vernünftig, weil sie angesichts einer stetig ansteigenden Zahl von Pflegefällen bereits mit dem vorgesehenen Datum der Einführung der Pflegeversicherung am 1. Januar 1996 wirksam wird. Sie gibt den Menschen und ihren Angehörigen Sicherheit, die wegen ihres Alters oder aufgrund von Gebrechen in den nächsten Jahren pflegebedürftig werden. Pflegebedürftigkeit wird für die betroffenen Menschen selbst und für ihre Familien dann nicht mehr zu einem unkalkulierbaren finanziellen Risiko.

Soweit dies zumutbar und möglich ist, sollen die Pflegebedürftigen in der Familie oder in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. Deshalb hat häusliche Pflege Vorrang vor stationärer Unterbringung. Das heißt aber auch, daß zur häuslichen Pflege grundsätzlich Geldleistungen und je nach Notwendigkeit auch

Sachleistungen vorgesehen werden. Kurzum: Der Koalitionsbeschluß hat eine Lücke im sozialen Netz geschlossen.

Für die Unionsparteien war allerdings von vornherein klar, daß eine Pflegeversicherung mit Ausgaben von 25 Milliarden Mark nicht einfach auf den Sozialstaat draufgesattelt werden kann. Insbesondere eine weitere Verteuerung der Arbeit durch einen Anstieg der Lohnnebenkosten gilt es zu vermeiden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland zu erhalten und damit auch in Zukunft den Wohlstand zu sichern. Der Koalitionsbeschluß zur Pflegeversicherung trägt dem Rechnung. Die Richtschnur heißt nicht Ausbau und schon gar nicht Abbau des Sozialstaats, sondern Umbau.

Um einen Anstieg der Lohnnebenkosten zu vermeiden, muß eine entsprechende Entlastung an anderer Stelle geschaffen werden. Deshalb wollen wir im Bereich der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ein Element der Selbstbeteiligung einführen. Der erste Tag der Arbeitsunfähigkeit soll als Urlaubstag — bezahlt oder unbezahlt nach Wahl des Arbeitnehmers — angerechnet werden.

Dieser Weg ist nicht nur vernünftig, sondern auch sozial verträglich. Damit wird mißbräuchlichem Krankfeiern entgegengesteuert. Jeder weiß, daß montags und freitags der Krankenstand deutlich höher als an anderen Wochentagen ist. Und im internationalen Vergleich haben wir mit den höchsten Krankenstand. Angesichts der geringsten Arbeits- und längsten

Urlaubszeiten weltweit ist es sicher nicht unzumutbar, wenn im Zusammenhang mit dem großen, neuen sozialen Werk der Pflegeversicherung ein Element der Selbstbeteiligung in der Lohnfortzahlung eingeführt wird.

Es mutet schon seltsam an, wenn die Gewerkschaften nichts Eiligeres zu tun haben, als nach dem Koalitionsbeschluss gleich Zeter und Mordio zu schreien wegen eines angeblich unverschämten Anschlags auf den Sozialstaat und sogar mit Streik drohen. Hat man je gehört, daß die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen

mit lauten Protestaktionen auf ihre zum Teil verzweifelte Lage aufmerksam gemacht hätten? Sie haben keine Lobby außer derjenigen, die wie CDU/CSU und FDP jetzt versuchen, ein sozial- und wirtschaftspolitisch verantwortbares Pflegeversicherungsmodell zu verwirklichen.

Die Tarifpartner, vor allem die Gewerkschaften, dürfen sich einer konstruktiven Mitwirkung daran nicht verweigern, es sei denn, sie wollten sich als egoistische Interessenvertreter der Starken gegen die Schwachen in der Gesellschaft profilieren.

Modell der Koalition für eine soziale Pflegeversicherung

Bis Oktober 1992 wird der Bundesminister für Arbeit einen Gesetzentwurf über die Pflegeversicherung vorlegen, der dann in den parlamentarischen Gremien beraten wird. Der Entwurf wird folgende Einzelheiten beinhalten (Stand Juli 1992):

- 1. Versicherungsträger:** Gesetzliche Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenkassen.
- 2. Versicherte:** Alle Bürger; wer über 5.100 Mark verdient, kann zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung wählen.
- 3. Leistungen:** Abgestufte Leistungen entsprechend dem Grad der Pflegebedürftigkeit.
Schwerpflegebedürftige
— erheblich = Hilfe mehrmals wöchentlich;
— schwer = Hilfe täglich;
— schwerst = Hilfe mehrmals täglich, rund um die Uhr.

Bei häuslicher Pflege:

- grundsätzlich Pflegegeld von 400, 800, 1.200 DM monatlich;

- Pflege-Sachleistung von bis zu 25, 50, 75 Pflegeeinsätzen, falls anderweitig eine ordnungsgemäße Pflege nicht gewährleistet ist;
- Pflegeurlaub von 4 Wochen jährlich;
- Pflegehilfsmittel (z.B. spezielle Pflegebetten, Rollstuhl);

Bei stationärer Pflege:

- Übernahme der pflegebedingten Kosten bis zum Betrag von 2.100 DM monatlich als Sachleistung.
- Kosten für Unterkunft und Verpflegung trägt der Versicherte.
- 4. Beiträge:** 1,7 Prozent der Bruttoeinkommen bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze von 5.100 Mark im Westen und 3.600 Mark im Osten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen je die Hälfte. Nicht berufstätige Ehepartner und Kinder sind kostenfrei mitversichert.
- 5. Die bereits Pflegebedürftigen** sind — abhängig vom Grad ihrer Pflegebedürftigkeit ab 1. 1. 1996 — sofort einbezogen, d. h. sie erhalten ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Wartezeit die volle Lei-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Generalsekretär Peter Hintze:

Orientierungspunkte zur Unterstützung des Reformprozesses in den GUS-Staaten

Durch den tiefgreifenden Wandel in der ehemaligen Sowjetunion sind jahrzehntelang andauernde Konflikte von globalem Ausmaß überwunden und neue Chancen für die Sicherung von Freiheit und Frieden in der Welt eröffnet worden. Diese Entwicklung birgt allerdings auch neue Risiken. Die Staaten der GUS befinden sich in einer Phase der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Instabilität.

Gerade Deutschland ist als Land im Zentrum Europas im besonderen Maße von den Auswirkungen dieser Entwicklung betroffen. Die langfristige Stabilität unseres Landes hängt entscheidend davon ab, ob der Reformprozeß in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas gelingt. Es liegt in deutschem Interesse, daß der Umbau zu Marktwirtschaft und Demokratie insbesondere in den Staaten der GUS erfolgreich verläuft.

Wir haben heute die einmalige Chance, Sicherheitspolitik zu gestalten durch Investitionen in die Zukunft von Menschen statt in die Ausweitung militärischer Arsenale. Auch derartige Investitionen werden nicht kostenfrei zu haben sein. Eine „Friedensdividende“ in Mark und Pfennig wird nicht kurzfristig zur Entlastung der öffentlichen Haushalte bei uns führen. Dafür gewinnen wir langfristig, wenn der Prozeß gelingt, etwas anderes: Die Chance auf ein friedliches Zusammenleben in Europa.

Die Unterstützung des Reformprozesses ist aktive Friedenspolitik. Deshalb ist es nur konsequent, daß Deutschland auch bei den Hilfen für die GUS-Staaten eine Vorreiterrolle übernommen hat. Diese Hilfen waren bisher im wesentlichen an aktuellen Erfordernissen orientiert. Nach der Bewältigung auch des dritten Krisenwinters ist jetzt eine längerfristige Planung und Koordination der Maßnahmen

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

stung und zahlen wie andere Versicherte ihre Beiträge.

6. Die pflegenahen Jahrgänge sind ohne besondere Voraussetzungen wie alle Versicherten sofort einbezogen.

7. Soziale Sicherung der häuslichen Pflegekräfte

— Einbeziehung in die Rentenversicherung auf Antrag für die Dauer der Pflegefähigkeit; Beiträge in die Rentenversicherung zahlt Träger der Pflegeversicherung;

— Einbeziehung in die Unfallversicherung bei Pfllegetätigkeit;

— Geschätzter Gesamtaufwand: ca. 3 Milliarden DM jährlich.

8. Kosten der Pflegeleistungen:

— im ambulanten Bereich 12,3 Mrd. DM

— zusätzliche Hilfen zur Unterstützung

bei häuslicher Pflege 0,1 Mrd. DM

— im stationären Bereich 9,7 Mrd. DM

— soziale Sicherung der Pflegeperson

3,0 Mrd. DM

Insgesamt:

25,1 Mrd. DM

erforderlich. Es geht darum, die Hilfen für die Staaten der GUS effizient zu gestalten und in den Rahmen unserer eigenen Möglichkeiten einzupassen. Zur Unterstützung des Reformprozesses in den GUS-Staaten geht die CDU von folgenden Orientierungspunkten aus:

1. Hilfe muß Hilfe zur Selbsthilfe sein

Der Aufbau in den neuen Bundesländern kann kein konzeptionelles Vorbild für die Hilfe an die Staaten der GUS sein. Eine vergleichbare Hilfe wie für die neuen Bundesländer würde allein für Rußland drei Milliarden Dollar erfordern. Dies liegt jenseits aller Möglichkeiten. Möglich ist aber, Reformanstrengungen in den GUS-Staaten durch internationale Zusammenarbeit zu stützen. Hilfe muß Hilfe zur Selbsthilfe sein, indem in den Staaten der GUS vorhandene personelle und materielle Ressourcen gezielt für die Durchführung von Reformen erschlossen werden.

2. Wir brauchen eine faire internationale Lastenteilung

Deutschland hat bisher 57 Prozent der westlichen Hilfe an die GUS-Staaten geleistet. Dies ist durch die besonderen Aufwendungen im Zusammenhang mit der deutschen Einigung, die unterstützende Wirkung für die Wirtschaft in den neuen Bundesländern und die besondere Lage Deutschlands an der Nahtstelle zu Osteuropa auch konsequent gewesen. Nun gilt es, die Hilfeleistung international auf mehr Schultern zu verteilen. Dabei ist darauf zu achten, daß bei Aufträgen auch die deutsche Wirtschaft angemessen berücksichtigt wird.

3. Die Struktur der Hilfe muß überprüft werden

Von den bislang geleisteten Hilfen an die GUS-Staaten in Höhe von über 80 Mrd.

DM wurden mehr als 50 Prozent als Kredite und Bürgschaften bereitgestellt. Dagegen betrugen die Aufwendungen für Beratung beispielsweise beim Aufbau neuer demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen nur rund ein Prozent. Diese ersten Jahre des Reformprozesses in den GUS-Staaten sind entscheidend für den weiteren Gang der künftigen Entwicklung, denn jetzt werden dort ordnungspolitische Grundentscheidungen getroffen, die sich auf Jahrzehnte auswirken. Intensive beratende Begleitung des Reformprozesses ist mindestens ebenso wichtig wie die Unterstützung durch Güter und Kapital.

4. Bürgschaften zur Stützung der Handelsbeziehungen müssen begrenzt bleiben

Es liegt in deutschem Interesse, die Handelsbeziehungen zu den GUS-Staaten nicht abreißen zu lassen. Gerade auch für die neuen Bundesländer ist dies in der gegenwärtigen Phase der wirtschaftlichen Umstrukturierung von großer Bedeutung. Deshalb ist es richtig, Antragstellern für die Übernahme von Bürgschaften aus den neuen Ländern Priorität zu gewähren. Die Risiken dieses staatlichen Engagements dürfen jedoch nicht übersehen werden: Ein unbegrenztes Anwachsen weiterer Bürgschaftsverbindlichkeiten würde sich sowohl für die GUS-Staaten als auch für Deutschland als schwere Zukunftshypothek mit unüberschaubaren Konsequenzen erweisen.

5. Der Privatwirtschaft wird für die Zukunft der GUS-Staaten entscheidende Bedeutung zukommen

Der wirtschaftliche Aufschwung in den GUS-Staaten kann nur vom neu entstehenden privaten Sektor getragen werden.

Deshalb muß dem Aufbau eines funktionierenden privaten Sektors hohe Priorität eingeräumt werden. Die bisherigen Ansätze müssen daraufhin überprüft werden, ob sie alte Strukturen festigen oder gezielt den Strukturwandel fördern. Erforderlich ist eine breit angelegte Bildungsoffensive, durch die die Menschen befähigt werden, sich in marktwirtschaftlichen Strukturen erfolgreich zu behaupten.

6. Das Erfahrungswissen in den neuen Bundesländern besser nutzen

In den neuen Bundesländern gibt es wertvolles Erfahrungswissen über den Umbau von planwirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Strukturen, das für den Umstellungsprozeß in den GUS-Staaten genutzt werden kann. Zudem verfügen viele Bürger dort über spezielle Landes- und Sprachkenntnisse im Bereich der ehemaligen Sowjetunion. Auch die große Zahl von Russischlehrern in den neuen Bundesländern kann für diese Kooperation wertvoll sein und ihnen gleichzeitig neue Berufsperspektiven eröffnen.

7. Mehr Sicherheitspartnerschaft bei Kernreaktoren

Für Beratungsmaßnahmen zur Verbesserung der kerntechnischen Sicherheit in den mittel- und osteuropäischen sowie den GUS-Staaten wurden 1990/91 vom Bundesumweltminister 24,1 Millionen DM aufgewandt. In Anbetracht des erheblichen Sicherheitsrisikos, das von den kerntechnischen Anlagen in den Staaten der GUS ausgeht, müssen diese Anstrengungen deutlich verstärkt werden. Allein in den GUS-Staaten gibt es 16 Reaktoren vom Tschernobyl-Typ, die so schnell wie möglich abgeschaltet werden

müssen. Die meisten anderen Reaktoren erfordern sicherheitstechnische Nachrüstungen. Es liegt in unserem eigenen Sicherheitsinteresse, diese Anstrengungen nach Kräften zu unterstützen.

8. Deutschland hat ein zentrales Interesse am Umbau der GUS-Rüstungsproduktion hin zur Erstellung ziviler Güter

Die internationale Verbreitung von GUS-Rüstungsprodukten zu Billigpreisen wäre eine große Gefahr für den Frieden weltweit. Die Staaten der GUS müssen von dem ökonomischen Zwang entlastet werden, die hochentwickelte Militärtechnologie zu exportieren, um Devisen erwirtschaften zu können. Es liegt in deutschem Interesse, den GUS-Staaten bei der Umstellung auf Friedenswirtschaft mit unserem Know-how bei Seite zu stehen. Dabei müssen insbesondere alle Anstrengungen unternommen werden, heimischen Experten zukunftssichere Arbeitsplätze im Land anzubieten.

9. Die deutsche Sprache fördern

In den GUS-Staaten gibt es ein großes Interesse an der deutschen Sprache. Die direkte sprachliche Verständigung ist eine grundlegende Voraussetzung für jede Zusammenarbeit in der Zukunft. Die Anstrengungen zur Förderung der deutschen Sprache in der GUS sind bisher unzureichend und müssen erheblich ausgeweitet werden. Entscheidende Bedeutung wird hierbei den deutschen elektronischen Medien zukommen. Aber auch die Bundesländer, denen das Grundgesetz im wesentlichen die Kulturhoheit zuweist, können durch die Bereitstellung qualifizierter Lehrer für den Einsatz in den GUS-Staaten einen Teil internationaler Verantwortung übernehmen. ■

Die Zahl der Asylanten hat sich mehr als verdoppelt

Im ersten Halbjahr 1992 haben insgesamt 187.455 Ausländer Asyl in Deutschland beantragt. Gegenüber 90.769 Personen im 1. Halbjahr 1991 hat sich die Zahl der Asylbewerber damit mehr als verdoppelt.

Hauptherkunftsländer im 1. Halbjahr 1992 (in Klammern die Zahlen für das 1. Halbjahr 1991) waren

Jugoslawien: 72.415 Personen (14.734)

Rumänien: 29.208 Personen (11.899)

Türkei: 13.314 Personen (10.583)

Nigeria: 7.396 Personen (3.585)

Bulgarien: 5.984 Personen (3.500)

Vietnam: 5.577 Personen (3.293)

Libanon: 3.999 Personen (2.923)

Zaire: 3.731 Personen (719)

Afghanistan: 2.854 Personen (4.212)

Ghana: 2.840 Personen (2.305)

Dazu erklärt Bundesinnenminister Rudolf Seiters:

„Die Halbjahreszahl 1992 hat im Vergleich zu den Vorjahren den bisher höchsten Stand. Das Asylproblem ist damit zu dem drängendsten innenpolitischen Problem geworden. Von den Asylbewerbern ist allerdings nur der geringste Teil politisch Verfolgter im Sinne des Artikels 16 Grundgesetz. Maßgeblich dafür, daß diese Menschen zu uns kommen, ist zumeist die Hoffnung, in Deutschland eine bessere Lebensperspektive als im jeweiligen Herkunftsland zu finden. Dieses Motiv ist zwar verständlich, aber eben nicht Gegenstand der Asylverheißung des Grundgesetzes. Das Asylrecht, das allein den politisch Verfolgten Schutz und Sicherheit gewähren soll, wird somit vor

allem als Instrument einer unkontrollierten Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen genutzt. Dies hat zur Krise unseres Asylrechts geführt — und dagegen muß gehandelt werden.

Angesichts der Tatsache, daß wir jedem der Asylbewerber ein aufwendiges Prüfungsverfahren garantieren müssen, verbunden mit einem vorläufigen Bleibe-recht sowie den entsprechenden Sozialhilfeansprüchen, können wir verfahrensmäßig derartige Massenphänomene kaum noch bewältigen. Viele Gemeinden sind mit der Unterbringung und der Versorgung der Asylbewerber überfordert. Die Ausgaben für Flüchtlinge stiegen von 2 Milliarden 1985 auf 5,5 Milliarden in 1990 und die Zahlen steigen weiter.

Das am 1. Juli 1992 in Kraft getretene Asylbeschleunigungsgesetz ist ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Handlungsfähigkeit. Ich sage aber auch hier zum wiederholten Male: Wir werden das Problem nicht lösen ohne eine Ergänzung des Grundgesetzes. Angesichts stetig steigender Zahlen müssen wir sehr bald eine verfassungsrechtlich einwandfreie Lösung haben, um diejenigen Personen von einem aufwendigen Asylverfahren auszuschließen, die unseres Schutzes nicht bedürfen.

Ich möchte deshalb an SPD und FDP appellieren, alles zu tun, damit dieser Rechtsstaat handlungsfähig bleibt und Entschlossenheit zeigt, unter Wahrung des Asylrechts den Mißbrauch zu beenden.“

Reinhard Göhner:

Das „C“ lassen wir uns nicht nehmen

Die CDU Deutschlands steht unter Beschuß. Sie solle das „C“ streichen, so hörte man in der aktuellen Debatte um die gesetzliche Regelung des Paragraphen 218. Die Diskussion in der Unionsfraktion zeige einen Mangel an christlicher Grundüberzeugung und stehe im Widerspruch zur Selbstbezeichnung als „Christlich“-Demokratischer Partei.

Der Vorwurf, die CDU trage das „C“ unberechtigt in ihrem Namen, wurde schon einmal erhoben, nämlich zur Zeit der Nachrüstung, als vehemente Vertreter der Friedensbewegung die unmittelbare Umsetzung der Bergpredigt in konkrete Politik verlangten und all jene als unchristlich zu enttarnen versuchten, die andere Wege der Friedenssicherung beschritten. Der Verzicht auf das „C“ wird aber auch seit längerem aus den Kreisen der Empiriker und Pragmatiker empfohlen, die um die Mehrheitsfähigkeit der Volkspartei Union in säkularisierter Zeit fürchten. Es gälte, „überholten Ballast“ abzuwerfen.

Wir müssen uns als Christdemokraten in der Tat fragen, was „Christlichkeit“ für eine politische Partei in einem freiheitlichen Staat und einer säkularisierten Gesellschaft heißen kann und heißen soll. Die Anfragen von den verschiedensten Seiten zeigen zumindest eines: Was das Christliche in seiner politischen Tragweite bedeutet, ist nicht schon von sich aus klar. Selbst innerhalb der beiden großen Kirchen ist dies offensichtlich — man lese hierzu die unterschiedlichen Stellungnahmen zu politischen und ethischen Entwicklungen.

Der Appell ans „christliche Menschenbild“ ist nicht mehr gängig

Es geht heute sicherlich nicht an, es beim schlichten Appell an das „christliche Menschenbild“ zu belassen. Angesichts der fortgeschrittenen Säkularisierung ist er nicht mehr so gängig, daß sein Inhalt als allgemein vorausgesetzt werden könnte.

Die Kerninhalte, die sich mit dem christlichen Verständnis vom Menschen verbinden, müssen daher immer wieder benannt werden: nämlich die Personalität des menschlichen Individuums, seine Vernunftfähigkeit und Willensfreiheit, mit anderen Worten, die Konstituentien, in denen der Mensch Gott ebenbildlich ist. Der Glaube, daß Gott der Schöpfer der Welt und des Menschen ist, gibt dem Geschaffenen einen Wert, der über das äußerlich Sichtbare ins Überzeitliche verweist.

Das christliche Prinzip der Menschenwürde, das für wirklich jeden Menschen gilt, unabhängig von Geschlecht, Alter, Rasse oder Herkommen, hat seine Kraft durch diesen Transzendenzbezug entwickelt. Alle politischen Ideologien, die den Transzendenzbezug des Menschen leugneten, haben sich in ihrer politischen Realität zu totalitären Diktaturen entwickelt, die schließlich zur Inhumanität führten.

Das Prinzip der Menschenwürde ist ein Kerngedanke des Christentums und hat sich in unserer wechselvollen Geschichte langsam auch im politischen Raum entfaltet. Wir haben einen langen und schmerzhaften Prozeß mit Rückschlägen

und Verzögerungen hinter uns, der die Dimensionen und Konsequenzen der Menschenrechte nur Stück für Stück zum Durchbruch gebracht hat.

Die Pluralität des christlichen Verständnisses vom Menschen in seinen geschichtlichen Erscheinungen und Auslegungen ist erstaunlich. Theologie und Philosophie, die ganze Ideen- und Geistesgeschichte bieten dafür vielfältige Zeugnisse. Pluralität prägt auch die heutige Interpretation des Verständnisses vom Menschen in den christlichen Kirchen und Konfessionen, die den Menschen ganz unterschiedlich im Verhältnis zu Gott, in der Familie, der sozialen Gemeinschaft und der Kirche selbst sehen, ohne daß deshalb eine Kirche als „unchristlich“ zu gelten hätte.

Man kann nun mit Gewißheit sagen, daß es eindeutige Grenzen der Offenheit im Menschenbild gibt, dort nämlich, wo das Handeln dem Prinzip der Menschenwürde widerspricht und Menschenrechte verletzt: wenn Menschen in ihrem Eigenwert nicht respektiert werden oder — mit der klassischen Formulierung Kants gesprochen —, wo der Mensch nur als Mittel und nicht auch als Zweck betrachtet wird.

Weitaus schwieriger verhält es sich mit der positiven Auslegung und Gestaltung des „Christlichen“ in der Politik. Die einzelne politische Entscheidung kann nicht vom obersten Prinzip her lückenlos „abgeleitet“ werden — sonst gäbe es die ganze Geschichte der verschiedenen Ethiken, Rechtsformen und Theologien nicht. Eine definitive Ableitung für alle denkbaren Fälle ist ausgeschlossen — nicht weil das nicht „schafften“, sondern aus der Natur der Sache selbst: des Menschen als eines freien Wesens in seiner individuellen, sozialen und geschichtlichen Wirklichkeit. Ob eine positive Interpretation, sei es eine Rechtsnorm, sozia-

les Verhalten oder moralische Regel, dem Prinzip der Menschenwürde entspricht, läßt sich nur auf dem Weg der Rückkopplung überprüfen: Es darf nicht im Widerspruch zur Würde des Menschen stehen.

So ist klar, daß die Tötung menschlichen Lebens grundsätzlich verboten sein muß und nur in bestimmten Situationen als erlaubt gelten kann — so im Fall der Notwehr oder der Verteidigung anderer. Das Prinzip der Menschenwürde und das Tötungsverbot gilt natürlich auch für den ungeborenen Menschen. Um dies zu erkennen, braucht man nicht Christ zu sein. Aber für den Christen ist selbstverständlich, daß die Annahme des Individuums durch Gott für den ganzen Prozeß menschlichen Werdens, Lebens und Vergehens gilt. Damit ist als negative Grenze eindeutig: Abtreibung kann als solche grundsätzlich nicht gebilligt werden. Ausnahmen müssen in jedem Einzelfall einer sorgfältigen Prüfung und Begründung unterworfen sein!

Für uns Christdemokraten ist das Prinzip der Menschenwürde, der Unverfügbarkeit der Person das Zentrum unseres Verständnisses vom Menschen und der Politik für den Menschen. Diese Grundposition ist nach wie vor die Position der Union, und der Vorwurf, fundamentale christliche Überzeugungen preisgegeben zu haben, trifft nicht.

Die seinerzeit vom Bundesverfassungsgericht abgelehnte Fristenregelung widersprach unseren Grundsätzen: Abtreibung sollte nach diesem Modell nicht grundsätzlich unerlaubt, sondern je nach Zeitpunkt erlaubt sein. Die Indikationsregelung, die sich schließlich durchgesetzt hat, verbietet und mißbilligt die Abtreibung dagegen prinzipiell. Die Indikationen bezeichnen dabei die bestimmten Fälle, in denen eine Güterabwägung eintritt und in denen von einer Strafverfol-

gung abgesehen wird. Die Gewissensentscheidung liegt übrigens hier in der Abwägung der Güter und ist keineswegs — wie im Sprachgebrauch eingerissen — eine beliebige persönliche Meinung zum Schwangerschaftsabbruch.

Billigung und Freigabe der Abtreibung in einer Fristenregelung oder Mißbilligung und Toleranz in einer Indikationenregelung — das ist die prinzipielle Frage, die entscheidet, ob an der generellen Unverfügbarkeit des Menschen festgehalten wird oder ob man sich ein Auswahlrecht hinsichtlich der Lebensberechtigung von Menschen vorbehält. Wie wir nun die Mißbilligung ausdrücken und in welcher Weise wir den Schutz des menschlichen Lebens näherhin sicherstellen, ist gegenüber dieser grundsätzlichen Option eine Frage der konkreten, sachorientierten Ausgestaltung.

Das jüngste gemeinsame Dokument der katholischen und evangelischen Kirche zu dieser Frage, die Erklärung vom August 1990 von Bischof Lehmann für die Deutsche Bischofskonferenz und des damaligen EKD-Ratsvorsitzenden Bischof Kruse, äußert sich in gleicher Weise: Christlich könne es nicht Streitig sein, „daß das ungeborene menschliche Leben Schutz verdient und benötigt. Die Kontroversen beziehen sich vielmehr allein darauf, wie dieser Schutz am besten zu erreichen sei“. In dieser Erklärung wird auch ausdrücklich betont, daß im Hinblick auf die strafrechtliche Ausgestaltung des Schutzes des ungeborenen Lebens unterschiedliche Positionen möglich sind. Auch für uns Christdemokraten gilt: Über die Art und Weise der konkreten juristischen und technischen Ausgestaltung läßt sich streiten, über die Grundaussage für den Schutz des menschlichen Lebens von seinem Beginn an dagegen nicht!

Die Berechtigung des „C“ läßt sich die

Union daher nicht absprechen. Die kirchlichen Mahner können nicht verlangen, daß die Integrationskraft der CDU größer ist als zum Beispiel die der beiden großen Kirchen zusammen. Weder innerhalb der Kirchen noch zwischen den Kirchen besteht eine einheitliche Linie. Wer für eine Verschärfung des geltenden Strafrechtes eintritt und andere Standpunkte als unchristlich kennzeichnet, ist meines Erachtens anmaßend: Sind jene Katholiken und große Teile der evangelischen Kirche, die diesen Standpunkt nicht teilen, deshalb etwa unchristlich?

Ethisch und rechtlich muß meines Erachtens gelten, was in der gemeinsamen Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“ im November 1989 alle Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck gebracht haben: „Selbstbestimmung findet ihre Grenze am Lebensrecht des anderen. Wer sie für sich selbst fordert, muß sie auch dem anderen zuerkennen. Darum kann das Selbstbestimmungsrecht der Frau keine Verfügung über das in ihr heranwachsende Leben begründen.“

In der zitierten Erklärung der Bischöfe Kruse und Lehmann wird zu Recht hervorgehoben, daß es sich bei den in Paragraph 218 straffrei gestellten Fällen des Schwangerschaftsabbruchs nicht um eine prinzipielle Einschränkung des Schutzes für das ungeborene Leben handelt, sondern „um das Bemühen, eine rechtliche Regelung für nicht auflösbare Konfliktsituationen zu treffen. Dieses Bemühen bleibt unvollkommen“. Der Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion versucht eine — unvollkommene — rechtliche Regelung für psycho-soziale Notlagen durch eine verbesserte Indikationsregelung, die wesentliche Mängel des alten Rechtes beseitigt. Die Fristenregelung des Gruppenantrages verzichtet demgegenüber auf jegliche Indikation

innerhalb der ersten zwölf Wochen. Hier liegt der ausschlaggebende Unterschied und der Grund für die berechtigte Frage, ob die rechtliche Mißbilligung in einer strafrechtlichen Regelung zum Ausdruck kommt, die auch eine grund- und bedingungslose Abtreibung innerhalb einer bestimmten Frist für gerechtfertigt erklärt.

Strafrecht kann nur begrenzte Wirkung entfalten

Die Diskussion über den strafrechtlichen Schutz des ungeborenen Lebens darf uns nicht den Blick dafür verstellen, daß das Strafrecht nur eine begrenzte Wirkung entfalten kann und immer nur ultima ratio ist. Die gemeinsame Erklärung der Kirchen drängt zu Recht in vier Bereiche auf eine Verbesserung des Schutzes ungeborenen Lebens: „Bei den Einstellungen und Wertorientierungen, im Blick auf die Verantwortung in Partnerschaft und Sexualität, durch sozial-, frauen- und

familienpolitische Maßnahmen sowie mit Hilfe der Rechtsordnung“. Es ist offensichtlich, daß bei den Einstellungen, Wertorientierungen und der Verantwortung in Partnerschaft und Sexualität nicht allein der Gesetzgeber gefragt ist. Wichtiger als die strafrechtliche Regelung ist auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Familien mit Kindern.

Das Recht auf einen Kindergartenplatz etwa trägt zum Lebensschutz mehr bei als jede strafrechtliche Drohung. Allerdings prägen die rechtlichen Normen das allgemeine Bewußtsein von Recht und Unrecht mit: die Grundaussage des Staates zur Unverletzlichkeit des menschlichen Lebens ist daher unverzichtbar. Die Werteinstellungen der Menschen zu formen ist allerdings auch Aufgabe der Kirche selbst. Diese Verantwortung auf den Staat allein oder seine christdemokratische Partei abzuschieben, widerspräche dem ureigenen Auftrag der Kirche in dieser Welt. ■

Sachlichkeit hat über Ideologie gesiegt

Zum Ausgang des Vermittlungsverfahrens zum Zinsabschlaggesetz erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Falthäuser:

Sachlichkeit hat über Ideologie gesiegt. Es ist sehr zu begrüßen, daß der Vermittlungsausschuß nun doch zu dem Ergebnis gekommen ist, es beim System des auf die endgültige Steuerschuld anrechenbaren Zinsabschlags zu belassen. Der Vermittlungsausschuß ist immun geblieben gegen das von der SPD-Bundestagsfraktion geforderte Kontrollsystem. Das ist ein Sieg der Vernunft über die Scharfmacherei einiger SPD-Ideologen. Sicherlich ist diese Vernunft bei den SPD-geführten Landesregierungen auch von der Aussicht auf zusätzliche Steuermehreinnahmen beflügelt worden.

Hervorzuheben sind an dem Kompromißvorschlag vor allem:

Die kleinen Sparer bleiben vom Zinsabschlag weiterhin unberührt. Nunmehr ist der Weg für die Verzehnfachung des Sparerfreibetrages und für die Verbesserungen beim Abzug von Vorsorgeaufwendungen und bei der Besteuerung von Versorgungsbezügen geebnet.

Die Erhöhung des Zinsabschlags von 25 Prozent auf 30 Prozent ist fachlich vertretbar. Bei den rund 20 Prozent aller Steuerpflichtigen, die Kapitaleinkünfte von mehr als 6 000/12 000 DM (Unverheiratete/Verheiratete) haben, liegt die individuelle Grenzbelastung im Regelfall über 30 Prozent. Die steuerrechtlichen Bürgerinnen und Bürger sind durch die Erhöhung des Zinsabschlags auf 30 Prozent im Ergebnis nicht betroffen.

Es geht voran: 15 Punkte für eine begründete Zuversicht

In ihrem jüngst vorgelegten Frühjahrsgutachten kommen die großen Wirtschaftsforschungsinstitute zu dem Schluß, daß die Erfolge bei der Umstellung in vielen Zweigen der Wirtschaft, insbesondere in der Bauwirtschaft, dem Dienstleistungssektor und der privatisierten Industrie, unverkennbar seien. Der Investitionsstrom von West nach Ost habe sich verbreitert.

1. Am Bau hat der Aufschwung begonnen

Die Bauaufträge lagen zu Jahresbeginn trotz eines saisonal bedingten Rückgangs im Winter um + 93 Prozent über dem Vorjahresstand. Kräftige Impulse sind dabei vom kommunalen Investitionsprogramm im Rahmen des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost ausgegangen.

2. Auftragseingänge steigen

Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe übertrafen Anfang des Jahres ihr Vorjahresniveau um knapp zwei Prozent. Vor allem die Inlandsaufträge haben gegenüber dem Vormonat deutlich zugenommen (+ 23 Prozent). Die von Monat zu Monat stark schwankenden Auslandsaufträge lagen zuletzt + 41 Prozent über dem Vorjahresmonat.

3. Beachtliches Privatisierungstempo

Die Treuhandanstalt hat bis Ende April 7.052 gewerbliche Unternehmen ganz oder teilweise an neue Eigentümer übertragen, die zugesagt haben, in den nächsten Jahren 133,6 Milliarden DM zu investieren. Damit sind 1.122.135 Arbeits-

platzzusagen verbunden. Auch im Ausland nimmt das Interesse zu. Inzwischen sind 366 Unternehmen an ausländische Investoren verkauft worden. Bis Ende 1992 stellt die Treuhandanstalt insgesamt allein rund 50 Milliarden DM für die Sanierung von Unternehmen zur Verfügung. Auch bei unvermeidlichen Stilllegungen bleibt fast jeder dritte Arbeitsplatz durch Teilprivatisierung und Neugründungen erhalten.

4. Zuversicht wächst

Nach der DIHT-Frühjahrsumfrage bei 4.200 Unternehmen in den neuen Bundesländern ist die Zuversicht gegenüber

Zur wirtschaftlichen Lage in den neuen Bundesländern

dem Herbst 1991 erneut gestiegen. Der Anteil der Unternehmen, die ihre wirtschaftliche Lage schon jetzt als gut beurteilen, ist von 21 Prozent auf 29 Prozent gestiegen. Fast die Hälfte aller Unternehmen (46 Prozent) erwartet für 1992 angesichts steigender Aufträge und deutlich verstärkter Investitionen eine Verbesserung ihrer Wirtschaftssituation. Nur 12 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung.

5. Privatisierte Industrieunternehmen deutlich erfolgreicher

Eine im Rahmen des Ifo-Konjunkturtests durchgeführte Befragung zur Entwicklung von Treuhand- und privatisierten Unternehmen zeigt, daß die vorangekom-

mene Privatisierung ein wichtiger Grund für die wirtschaftliche Belebung ist. Bei den privatisierten Unternehmen schätzen zwei Fünftel die Perspektiven für die nächsten sechs Monate als günstig ein, während es bei den Treuhänderunternehmen nur 14 Prozent sind.

6. Aufbau eines dynamischen Mittelstandes kommt voran

Dies belegen nicht nur **über eine halbe Million Gewerbeanmeldungen** seit Anfang 1990, sondern auch die verstärkte Inanspruchnahme der bereitgestellten Förderinstrumente: Im **Eigenkapitalhilfeprogramm** gibt es fast 66.000 Zusagen mit einem Volumen von 4,5 Milliarden DM, 143.000 **ERP-Kredite** sind mit insgesamt rund 17 Milliarden DM zugesagt, im **Kommunalkreditprogramm** belaufen sich die Zusagen auf 13,2 Milliarden DM.

Nach Schätzungen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute hat sich die Zahl der Selbständigen von 100.000 in der ehemaligen DDR auf jetzt 350.000 bis 400.000 nahezu vervierfacht.

Nach einer Umfrage von Creditreform haben die Handwerksbetriebe Fuß gefaßt. Die aktuelle Lage hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich gebessert, und 80 Prozent erwarten weitere Umsatzzuwächse in diesem Jahr.

7. Ost-West-Verflechtung steigt

Nach einer BDI-Umfrage beziehen 43,5 Prozent der befragten Unternehmen Vorprodukte aus den neuen Bundesländern. Für 1992 planen 51,5 Prozent der Unternehmen, den Bezug von Waren aus den neuen Bundesländern zu verstärken.

8. Forschungsstandort 1992 mit 1,6 Milliarden DM gestärkt

Die Mittel ermöglichen neuen Forschungseinrichtungen, die aus der ehema-

ligen Akademie der Wissenschaften der DDR hervorgegangen sind, einen schwungvollen Start. Die Forschungstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen wird u. a. durch Programme zur Auftragsforschung und -entwicklung sowie Zuschüsse bei der Einstellung von FuE-Personal gestärkt. Zusätzliche Impulse geben Technologie- und Gründerzentren und die Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen.

9. Ost-Produkte voll im Trend

Nach einer Umfrage des Instituts für Marktforschung Leipzig bevorzugen 73 Prozent der ostdeutschen Haushalte bewußt Produkte aus den neuen Bundesländern beim täglichen Einkauf. Das erklärt auch zum Teil die guten Chancen bei der Privatisierung der ostdeutschen Lebensmittelindustrie: Von 160 konnten bereits 110 Unternehmen veräußert werden.

10. Massive Entlastung des Arbeitsmarktes durch erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik

Jahreszeitlich bedingt hat sich die Zahl der Arbeitslosen im April auf 1,19 Millionen verringert. Die Kurzarbeiterzahl liegt jetzt bei 466.000. Der **massive Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente** — vor allem von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (404.500) und beruflicher Weiterbildung (84.000 Eintritte im April 1992) — entlastet den **Arbeitsmarkt** erheblich.

11. Neue Unternehmen schaffen Arbeitsplätze

Allein in neugegründeten mittelständischen Betrieben (bis 500 Beschäftigte) sind nach einer Untersuchung von Creditreform seit 1990 rund **1,5 Millionen neue Arbeitsplätze** geschaffen worden.

12. Investitionswelle gewinnt an Schwung

Die großen Wirtschaftsforschungsinstitute rechnen für 1992 mit Investitionen aus privaten und öffentlichen Mitteln in der Höhe von gut 90 Milliarden DM. Das entspricht einer realen Zunahme von 25 Prozent gegenüber 1991.

Nach der neuesten Investitionsumfrage des Münchener Ifo-Instituts haben **westdeutsche Unternehmen** ihre Investitionspläne für 1992 in den neuen Bundesländern auf 45 Milliarden DM aufgestockt. Das sind zwei Drittel mehr als 1991. Fast eine Verdoppelung der Investitionsausgaben von 9,5 auf 18 Milliarden DM planen die Industrieunternehmen.

Eine deutliche Forcierung ist in den baubehängigen Bereichen (Steine und Erden, Holzbearbeitung, Glas), in der chemischen Industrie, dem Mineralölbereich sowie im Maschinen- und Straßenfahrzeugbau zu beobachten.

Nach Berechnungen der großen Forschungsinstitute ist die **staatliche Investitionstätigkeit je Einwohner** in den neuen Bundesländern schon jetzt um **rund 30 Prozent höher** als in den alten Ländern. Dies ist eine Folge der hohen öffentlichen Netto-Finanztransfers. 1992 werden nach einer Sonderumfrage des Ifo-Instituts allein die Investitionen ostdeutscher Kommunen um 30 Prozent auf knapp 19 Milliarden DM steigen.

13. Standortvorteil durch kurze Genehmigungsverfahren

Verschiedene Investitionsprojekte zeigen, daß die rasche Durchführung notwendiger Genehmigungsverfahren die Entscheidung zugunsten einer Investition in den neuen Bundesländern wesentlich beeinflussen können.

14. Infrastrukturausbau läuft auf vollen Touren

Die Deutsche Bundespost Telekom investierte 1991 in den neuen Bundesländern sieben Milliarden DM in den Aufbau des **Telekommunikationsnetzes**. Für 1992 steigen die Investitionen der Telekom auf neun Milliarden DM. Damit werden mindestens 600.000 Telefonanschlüsse neu eingerichtet, vorrangig bei Geschäftskunden, mehr Datenleitungen verfügbar gemacht und die Qualität der Übertragung durch Einsatz modernster Technik verbessert.

Im **Verkehrsbereich** werden 1992 fast 14 Milliarden DM investiert und damit rund 300.000 Arbeitsplätze gesichert. Größter Einzelinvestor ist die Deutsche Reichsbahn mit 7,4 Milliarden DM.

15. Realeinkommen wächst

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind die Realeinkommen der privaten Haushalte in der Zeit von Mai 1990 bis März 1991 um + 12 Prozent gestiegen. Die Einkommensungleichheit hat sich — entgegen manchen Befürchtungen — durch die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft nicht erhöht.

Für 1992 rechnet das DIW mit einem realen Einkommenszuwachs der privaten Haushalte um weitere + 10 Prozent (gegenüber + 2 Prozent in den alten Bundesländern). ■

Zitat

Nach zwanzig Jahren Diskussion ist das ein guter Tag für den Sozialstaat — diskutiert wurde da schon lange darüber. Der Zug sitzt auf dem richtigen Gleis. Norbert Blüm zur Einführung der Pflegeversicherung

Hans-Gert Pöttering:

Für eine neue Partnerschaft zwischen Europa und Amerika

Für eine neue Partnerschaft zwischen der Europäischen Gemeinschaft, die am 1. 1. 1993 nach Ratifizierung der Maastricht-Verträge zur Europäischen Union wird, und den Vereinigten Staaten von Amerika plädiert CDU-Europaabgeordneter Hans-Gert Pöttering. Nach einem einwöchigen Besuch in den USA mit zahlreichen Gesprächen mit Mitgliedern des Repräsentantenhauses, des Senats und der Regierung erklärt Pöttering:

Alle Gesprächspartner in Washington betonen die Notwendigkeit europäisch-amerikanischer Partnerschaft. Die europäische Einigung wird unterstützt und gleichzeitig kritisiert, daß Europa noch nicht voll handlungsfähig ist, wofür die Haltung im zerfallenen Jugoslawien als Beispiel angeführt wird. Aus allem ergeben sich für die deutsche Politik folgende Konsequenzen:

1. Die europäische Einigung muß konsequent fortgesetzt werden. Sie dient sowohl dem europäischen — und damit deutschen — als auch amerikanischen Interesse.
2. Das amerikanische Engagement in Europa bleibt notwendig. Amerikanische Soldaten in Europa sind auch in Zukunft willkommen. Im Amerikanischen Kongreß gilt es als beschlossene Sache, daß sich die amerikanische Präsenz auf 50.000 bis 100.000 Soldaten beschränken wird.
3. Auch europäische, so auch deutsche Soldaten sollten in den USA stationiert

sein (einige tausend). Hierfür eignet sich z. B. die Ausbildung von Tieffliegern.

4. Zwischen der am 1. 1. 1993 entstehenden Europäischen Union und den USA muß sich eine neue Partnerschaft auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Mitverantwortung entwickeln.

5. Europas Aufgabe ist es, mehr politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Verantwortung in Bereichen zu übernehmen, die Europa benachbart sind (Nahe Osten und Nordafrika).

6. Deutschland darf in diesem Prozeß keine Sonderrolle einnehmen. Es muß mit allen Rechten und Pflichten an der Entwicklung teilnehmen.

7. Die NATO bleibt notwendig, ist aber immer mehr zu einer bilateralen Struktur Europa/Amerika weiterzuentwickeln. Die NATO der Zukunft verträgt weder eine amerikanische noch europäische Dominanz.

8. Es ist ein Konsultationsmechanismus zwischen der Europäischen Union und den USA in allen Politikbereichen zu entwickeln. Dieser darf nicht erst aktiv werden, wenn Krisen entstehen, sondern sollte Krisen weitestgehend verhindern.

9. Die Europäische Gemeinschaft hat mit nahezu allen Ländern der Welt vertragliche Beziehungen, nicht jedoch mit ihrem wichtigsten Partner, den USA. Die Europäische Union und die USA sollten in einem „Vertrag über Partnerschaft und Freundschaft“ ihre politischen Grundbeziehungen regeln.

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Angela Merkel:

Mieterhöhungen in den neuen Ländern vertretbar

Die von der Bundesregierung im Einvernehmen mit den Landesregierungen der neuen Bundesländer beschlossenen Mietanhebungen in Ostdeutschland bedeuten einen wichtigen Schritt zu einer nachhaltigen und schnelleren Verbesserung der Wohnverhältnisse in den neuen Bundesländern. Denn nur angemessene Mieteinnahmen ermöglichen es, durch Instandhaltung, Renovierung und Modernisierung den Wohnwert vieler Wohnungen überhaupt erst wieder herzustellen.

Einkommensschwache Haushalte, die mit der Mietbelastung überfordert sind, werden durch das nochmals verbesserte Sonderwohngeld für die neuen Bundesländer unterstützt. Höhere Mieten als bisher werden zuschufähig; Rentner, Arbeitslose, Schwerbehinderte und Alleinerziehende erhalten zusätzlich Einkommensfreibeträge.

Einen wichtigen Schritt im Sinne der

Mieter stellt die Senkung der zulässigen Obergrenze für die Umlage von Heiz- und Warmwasserkosten ab dem 1. Januar 1994 von heute drei DM auf dann 2,50 DM pro qm dar. Vermieter und Wohnungsgesellschaften sollen auf diese Weise dazu bewegt werden, den Energieeinsatz effizienter zu gestalten.

Nach den neuen Mieterhöhungen, die in zwei Stufen zum 1. Januar 1993 und zum 1. Januar 1994 in Kraft treten werden, wird die Mietbelastung pro Haushalt bei maximal 20 Prozent des verfügbaren Einkommens liegen — in vielen Fällen weit darunter. In den alten Bundesländern beträgt die Quote dagegen durchschnittlich 24 Prozent.

Die Mieterhöhungen sind unumgänglich, um den Zerfall der Wohnsubstanz aufhalten zu können. Sie sind vor dem Hintergrund der Einkommensentwicklung vertretbar und durch das Sonderwohngeld sozial ausgewogen. ■

Denkmalschutz in den neuen Ländern

Für den städtebaulichen Denkmalschutz in den neuen Ländern sind weitere 80 Millionen Mark an Bundesfördermittel bereitgestellt worden. Bereits im vergangenen Jahr hatte der Bund dafür in insgesamt 87 ausgewählten Städten 100 Millionen Mark aus Mitteln des Gemeinschaftswerks Aufschwung Ost für das Jahr 1992 bewilligt. Durch zusätzliche Mittel der Länder und Kommunen verdoppelt sich der Betrag für den städtebaulichen Denkmalschutz in den neuen Ländern in diesem Jahr auf insgesamt 360 Millionen Mark.

(Fortsetzung von der vorherigen Seite)

Die „transatlantische Erklärung“ vom 23. 11. 1990 ist durch einen solchen Vertrag, der auch institutionelle Regelungen des Dialogs vorsehen muß, weiterzuentwickeln.

10. Deutschland und Europa brauchen die USA. Die USA sind auf Partnerschaft mit Europa angewiesen. Dialog und Partnerschaft zwischen Europa und Amerika werden dazu beitragen, die großen Probleme in der Welt — z. B. im Bereich des Umweltschutzes — im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert zu bewältigen. ■

Bahnfahrer:**Mit der BahnCard
das Bahnland erobern**

Endlich haben sich Bahn-Vorstand und Verwaltungsrat zu einem wirklich attraktiven Angebot für Bahnfahrer durchgerungen: Jetzt kommt mit dem Halbp reis-Paß (der sogenannten „BahnCard“) ein echtes Angebot nicht nur für Eisenbahnfans! Jetzt kann jeder reisekassenschonend das Bahnland Deutschland erobern!

Zu einem besonders für Vielfahrer interessanten Preis kann man ab 1. Oktober 1992 die BahnCard erwerben und fährt dann ein Jahr lang jeweils zum halben Preis. Die BahnCard löst gleichzeitig das unendliche Wirrwarr der bisherigen Sonderangebote ab. Kinderreiche Familien erhalten ihren Familienpaß weiterhin unentgeltlich.

Dies ist der richtige Weg, Stammkunden zu erhalten und neue zu gewinnen: Preisliche Attraktivität und Vereinfachung der Fahrpreisgestaltung! Dieser Weg muß fortgesetzt werden. Ich fordere alle Nahverkehrsunternehmen mit ihren zum Teil unübersichtlichen Staffeltarifsystemen und zahlreichen Ausnahmetarifen auf, sich dem guten Beispiel der Bahnen anzuschließen, erklärt Horst Gibtnier, Obmann der Arbeitsgruppe Verkehr der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Die BahnCard für jedermann kostet 220 Mark. Ehepartner von BahnCard-Inhabern, Junioren (bis 22 Jahre), Schüler/Studenten (bis 26 Jahre) und Senioren (ab 60 Jahren) zahlen nur 110 Mark und Kinder/Jugendliche von 4 bis 17 sogar nur 50 Mark. ■

Landwirtschaft:**Gegen bürokratische
Überreglementierung**

Eine bürokratische Überreglementierung der Landwirtschaft im Zuge der Verwirklichung der EG-Agrarreform muß unter allen Umständen verhindert werden. Diese Ansicht vertritt der Landwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments.

Auf Antrag des agrarpolitischen Sprechers der Christlichen Demokraten, des CSU/EVP-Europaabgeordneten **Reinhold Bocklet**, beschloß der Ausschuß, nach der Sommerpause in einer gemeinsamen öffentlichen Sitzung mit dem Haushaltskontrollausschuß die Vorschläge der EG-Kommission für ein integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem einer genauen Prüfung zu unterziehen. Es muß nach den Worten von Bocklet verhindert werden, daß es im Rahmen der teilweisen Umstellung der Einkommensstützung auf Direktzahlungen zu einer Antragslandwirtschaft kommt, die an der Menge an Formularen, die es auszufüllen gilt, zu ersticken droht und ständig Gefahr läuft, schon wegen kleinerer Fehler die staatlichen Beihilfen zu verlieren. Die von Brüssel bei den Ölsaaten vorgeschriebene Zahl an Anträgen, Nachweisen, Prüfungen und Kontrollen nennt der Europaabgeordnete alarmierend. Er räumt zwar ein, daß Direktzahlungen an die Bauern einen höheren Verwaltungsaufwand unvermeidlich machten, aber gerade deshalb müsse alles getan werden, um die Durchführung sowohl beim einzelnen Landwirt als auch in der Verwaltung so einfach und überschaubar wie möglich zu gestalten. Bocklet bezeichnete die anschwellende Antrags- und Papierflut eine Quelle des Verdrusses zwischen Bauern und Staat. ■

Europäisches Parlament stimmt für Erhöhung der deutschen Mandatszahl

Das Europäische Parlament hat am 10. Juni eine Neuaufteilung seiner Mandate beschlossen, in deren Rahmen auch die Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordnetensitze um 18 berücksichtigt wurde. Damit sollen 17 Millionen Deutsche aus den neuen Bundesländern eine parlamentarische Vertretung im Europäischen Parlament erhalten.

Der CSU/EVP-Europaabgeordnete Reinhold Bocklet, der die vom Europäischen Parlament angenommene Formel zusammen mit dem französischen Christdemokraten Jean-Louis Bourlanges und dem SPD-Europaabgeordneten Klaus Hänsch entwickelt hatte, begrüßte den Parlamentsbeschluß und wies darauf hin, daß damit der Auftrag des Gipfels von Maastricht erfüllt wurde.

Nachdem eine isolierte Erhöhung der Zahl der deutschen Abgeordnetensitze in Maastricht gescheitert war, hatte die Gipfelkonferenz den Auftrag erteilt, bis spätestens Ende 1992 die erforderliche Rechtsgrundlage für die Festsetzung der Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments rechtzeitig vor den Wahlen 1994 zu schaffen und dabei der Möglichkeit neuer Erweiterungen der Gemeinschaft Rechnung zu tragen.

Einhelliges Votum

Bocklet unterstrich, daß die Notwendigkeit der Erhöhung der Zahl der deutschen Parlamentssitze von keinem Debattenredner in Zweifel gezogen worden ist. Er sieht im Parlamentsvotum eine gute Grundlage für die Beratungen der Regierungen, denen der Parlamentsbeschluß

auf dem Gipfel in Lissabon vorgelegt werden soll.

Nach dem Willen des Europäischen Parlaments soll die Zahl der deutschen Europaabgeordneten von 81 auf 99 und diejenige von Frankreich, Italien und Großbritannien von 81 auf 87 ansteigen. Für Spanien sind 64 anstelle von derzeit 60 Sitzen und für die Niederlande 31 anstelle von 25 Mandaten vorgesehen. Außerdem wird die Zahl der Parlamentssitze für Belgien, Griechenland und Portugal um je einen auf 25 angehoben. Als Ergebnis dieses „schwierigen Kompromisses“ — so Bocklet — wird die Gesamtzahl der Mandate im Europäischen Parlament von zur Zeit 518 auf 567 ansteigen. Für die Beitrittskandidaten werden folgende Sitzzahlen vorgeschlagen: Österreich 20, Schweden 21, Finnland 16, Schweiz 18, Malta 4 und Zypern 6.

Pragmatisch korrigiert

Bocklet wies darauf hin, daß es sich bei den vorgeschlagenen Sitzzahlen nicht um das Ergebnis proportionaler Mandatsverteilung handelt, sondern um den Versuch, bestehende Verzerrungen pragmatisch zu korrigieren. Insofern stelle der Vorschlag einen Schritt zu einer an der Bevölkerungszahl orientierten Sitzverteilung dar.

Personalie

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat am 23. Juni den CDU-Bundestagsabgeordneten **Friedrich Vogel** (Ennepetal) zum Vorsitzenden des 1. Untersuchungsausschusses Kommerzielle Koordinierung nominiert.

Standort Deutschland wird durch engagierten Umweltschutz gestärkt

Eine fortschrittliche und aktive Umweltpolitik und die Sicherung des Standortes Deutschland sind keine Gegensätze, sondern sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig. Es stimmt einfach nicht, daß eine Vorreiterrolle in der Umweltpolitik die Wirtschaft über Gebühr belastet.

Die schnelle Durchsetzung einer anspruchsvollen Umweltpolitik in Deutschland hat nach Auffassung von Bundesumweltminister Töpfer z. B. den deutschen Herstellern von Umweltschutzanlagen und -gütern schon heute einen Wettbewerbsvorteil auf den internationalen Märkten verschafft. Die Umwelttechnik stellt heute mit über 25 Mrd. DM einen der dynamischsten Wachstumsmärkte dar. Rund 700.000 Arbeitsplätze hängen in der Bundesrepublik von Umweltschutzmaßnahmen ab. „Hohe Umweltschutzstandards schaffen aber nicht nur innovative Impulse zur Entwicklung von Umweltschutztechnologien, sie werden selbst zu einem wichtigen Standortfaktor. Ein entscheidendes Kriterium von Hochtechnologieproduzenten für die Standortwahl ist eine intakte Umwelt. Will Deutschland auch mittel- und langfristig eine führende Industrienation bleiben, müssen wir weiter eine Vorreiterrolle im Umweltschutz spielen“, erklärt Bundesumweltminister Töpfer.

Kurt-Dieter Grill und Minister Töpfer zeigen sich darin einig, daß die Bundesregierung darüber hinaus weiterhin umweltpolitische Initiativen in die EG hineinragen muß. Baldmöglichst sei eine EG-weite kombinierte „Energie/CO₂-Steuer“ einzuführen. „Unsere Verantwortung für den globalen Klimaschutz beson-

ders nach der Konferenz von Rio verlangt, daß die Europäische Kommission nicht auf das Mitziehen von den USA und Japan bei der Durchsetzung dieser Steuer wartet“, hebt Töpfer hervor.

Auch bei der Entsorgung von Sonderabfall wird eine schnelle EG-weite Entscheidung angemahnt. „Es ist ein umweltpolitischer Skandal, daß einige hochtechnisierte EG-Staaten Sonderabfälle in die Entwicklungsländer und Osteuropa exportieren, zumal dies zum größten Teil illegale Vorgänge sind. Die Europäische Gemeinschaft muß endlich in vollem Umfang die Baseler Vereinbarung umsetzen und die „EG-Abfall-Verbringungsverordnung“ verabschieden. In Zukunft soll der Transport von Sonderabfall zur Entsorgung nur noch innerhalb der EG und der EFTA-Staaten gestattet sein. Geschieht dies nicht, so sollten wir vor nationalen Alleingängen nicht zurückschrecken“, erklärt Kurt-Dieter Grill.

Klaus Töpfer und Kurt-Dieter Grill unterstreichen, daß die nächsten Jahre für den Umweltschutz eine entscheidende Bedeutung haben werden. Neben der globalen Umweltverantwortung und dem Schwerpunkt der ökologischen Sanierung der neuen Bundesländer muß der Aufbau einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft in ganz Deutschland weiter vorangetrieben werden. Dazu zählt nicht zuletzt, daß die Kosten der Umweltbelastung denjenigen in Rechnung gestellt werden, die sie verursachen. Dieses Prinzip und weitere marktwirtschaftliche Instrumente werden dafür sorgen, die Qualität des Standortes Deutschland ökologisch und ökonomisch zu sichern.

Publizistische Vielfalt fördern

Zur Struktur des Zeitungsmarktes in den neuen Bundesländern erklärte der medienpolitische Sprecher der CDU, Bernd Neumann:

Die Struktur des Pressemarktes in Ostdeutschland unterscheidet sich deutlich von der in der alten Bundesrepublik. Es fehlt völlig die breite Palette kleinerer und mittelständischer Zeitungsverleger, wie es sie in Westdeutschland gibt. Von den sieben Millionen Exemplaren der regionalen Abonnementpresse entfallen über 95 Prozent auf die inzwischen von der Treuhand privatisierten ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, die sich in den Händen weniger Großverlage befinden. Zeitungsneugründungen nach 1989 sind aufgrund der ungünstigen Startbedingungen weitgehend gescheitert. Sie machen gegenwärtig einen Marktanteil von gerade noch 10 Prozent aus, der sich rapide verringert.

In einer Diskussion des Bundesfachausschusses Medienpolitik der CDU mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungs-

verleger (BDZV) und dem Verband der Lokalpresse waren sich die Teilnehmer einig, daß diese zu SED-Zeiten etablierten Pressestrukturen ordnungspolitisch problematisch seien.

Die Pluralität einer offenen Gesellschaft erfordere publizistische Vielfalt; die marktwirtschaftliche Ordnung verlange eine breite Streuung und Diversifizierung auf dem Pressemarkt bestehend aus größeren, mittleren und lebensfähigen kleineren Zeitungsverlagen.

Der Bundesfachausschuß Medienpolitik der CDU wird deshalb an die Bundesregierung mit der Forderung herantreten, zu prüfen, welche Maßnahmen zur Veränderung des ostdeutschen Pressemarktes möglich sind.

Dazu können Vorschläge des Verbandes der Lokalpresse gehören wie die Auflegung eines speziellen ERP-Presseprogrammes Ost mit gezielten Einzelförderungsmaßnahmen für kleinere und mittlere Zeitungsunternehmen; die Schaffung eines speziellen Fonds für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen; die Schaffung besonderer Kreditbürgschaftsmodelle und anderer steuerlicher Vergünstigungen.

Bund will Verwaltungshilfen für Ostdeutschland fortsetzen

Die Bundesregierung will die ursprünglich bis Ende 1992 geplante personelle Verwaltungshilfe für die neuen Bundesländer zumindest für das Jahr 1993 fortsetzen. Dies kündigte Kanzleramtsminister Friedrich Bohl an. Derzeit sind über 25.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes aus dem Westen in Ostdeutschland im Einsatz. Fast zwei

Nachrichten aus den neuen Ländern

Drittel davon sind Mitarbeiter des Bundes. Um den Antragsstau bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen schneller abbauen zu können, soll die Zahl der entsandten Mitarbeiter in diesem Bereich von 2.000 auf 4.000 verdoppelt werden, teilte Bohl mit.

86.000 Aktionäre im Osten

Die Zahl der Aktionäre in Deutschland hat sich seit 1988 um eine Mio. auf 4,2 Mio. erhöht. Unter ihnen sind bereits 86.000 aus den neuen Bundesländern. Besonders starken Zuwachs gab es bei Belegschaftsaktien. Derzeit verfügen 1,55 Mio. Arbeitnehmer, darunter 39.000 in den neuen Ländern, über Kapitalanteile an ihrem Unternehmen. 1988 waren es erst 1,09 Mio., 1982 nur 550.000.

Positive Signale im Osten

Die heute vorgestellten Arbeitsmarktdaten signalisieren, daß es im Osten Deutschlands Schritt für Schritt bergauf geht. Die vor uns liegende Strecke ist noch lang und beschwerlich. Sie fordert noch ein gerütteltes Maß an Stehvermögen für die betroffenen Menschen, aber auch für die Politik. Das Ziel lohnt aber die Anstrengung. Es geht um sichere Arbeitsplätze und ein stabiles wirtschaftliches Fundament. Die CDU hat gegen manche Untergangsszenarien den Kurs der wirtschaftlichen Erneuerung in den neuen Ländern eingeleitet und durchgehalten, stellt CDU-Generalsekretär Peter Hintze fest.

Die neuesten Arbeitsmarktdaten aus den neuen Bundesländern weisen im fünften Monat hintereinander sinkende Arbeitslosenzahlen auf. Im Juni sind damit 2.000 Arbeitlose weniger gemeldet, als noch im Januar. Die Zahl der Kurzarbeiter ist seit Dezember 1991 sogar um 600 000 gesunken. Die Arbeitsmarktdaten zeigen auch, daß es erhebliche Bewegung auf dem Arbeitsmarkt Ost gibt. Insgesamt entsteht ein Bild, das auf eine allmähliche Besserung am ostdeutschen Arbeitsmarkt schließen läßt.

Die von der Bundesanstalt veröffentlichten Zahlen zeigen aber auch, daß wir noch nicht über den Berg sind. Allerdings: Der von der Opposition im letzten Jahr angekündigte explosionsartige Anstieg der Arbeitslosigkeit ist ausgeblieben. Die Katastrophenszenarien haben sich nicht erfüllt. Dies liegt zum großen Teil an den erheblichen arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung, aber auch an der einsetzenden wirtschaftlichen Belebung in den neuen Bundesländern, die vom großen Engagement

der Menschen im Osten Deutschlands getragen wird.

Mit ihrer Strategie, Probleme zu dramatisieren und gute Ergebnisse klein zu reden, demotiviert die SPD nur die Menschen, denen zu helfen sie vorgibt. Die jetzt erkennbar werdenden positiven Signale ermutigen die CDU, ihren Kurs der vollen Entfaltung der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Ländern unbeirrt fortzusetzen.

Verstärkte Exporte in die EG

Die deutschen Ausfuhren in die Europäische Gemeinschaft haben sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres um + 7,5 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erhöht. Damit sind die Exporte in die EG fast doppelt so stark gestiegen wie in die übrige Welt (+ 3,8 Prozent).

Während in die EG von Januar bis April 1992 Waren im Wert von neun Milliarden DM mehr geliefert wurden als in der entsprechenden Vorjahresperiode, betrug die Erhöhung in allen anderen Ländern nur vier Milliarden DM. Die positive Entwicklung unserer EG-Ausfuhren hat dazu beigetragen, daß die deutsche Wirtschaft im Frühjahr 1992 neue Wachstumsimpulse erhielt.

Die Europäische Gemeinschaft ist der wichtigste Exportmarkt der Bundesrepublik Deutschland. Seit Beginn der achtziger Jahre geht über die Hälfte der deutschen Ausfuhren in die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die fünf wichtigsten Exportpartner Deutschlands sind EG-Länder (Januar bis April 1992).

CDU Thüringen:

Willibald Böck erneut zum Landesvorsitzenden gewählt

Auf dem 4. Landesparteitag der CDU Thüringen am 20. Juni 1992 in Suhl wählten die Delegierten den Thüringer Innenminister Willibald Böck erneut zum Vorsitzenden der Landespartei. Er erhielt 136 von 244 gültigen Stimmen. Zu seinen Stellvertretern wurden Finanzminister Dr. Klaus Zehn und der Erfurter Oberbürgermeister Manfred Ruge gewählt. Das Amt des Schatzmeisters bekleidet zukünftig der Landtagsabgeordnete Andreas Trautvetter.

Unter dem Motto „Für ein starkes Thüringen“ trafen sich die 280 Delegierten aus den Kreisverbänden, um neben der Wahl eines Vorstandes unter anderem den Antrag des Landesvorstandes zur Reform der Parteiarbeit sowie weitere 43 Anträge aus den Kreisverbänden und Vereinigungen zu diskutieren und zu verabschieden.

Als Gäste nahmen an den Beratungen die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Bundesminister Angela Merkel, der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf und der rheinland-pfälzische CDU-Landesvorsitzende Werner Langen teil.

Willibald Böck blickte in seinem Rechenschaftsbericht auf die in den vergangenen zwei Jahre geleistete Arbeit der Landespartei und der CDU-geführten Landesregierung zurück. Dabei machte er auch auf Schwächen und Fehler aufmerksam, die in der Vergangenheit passiert sind. Dennoch gäbe es zu der jetzigen Regierung in Thüringen keinerlei Alternative. Ein Tief

in der Mitte einer Legislaturperiode sei für eine Regierungspartei nichts ungewöhnliches.

Die CDU müsse nun alle Kräfte darauf konzentrieren, zu einer sachbezogenen inhaltlichen Debatte zurückzukehren und den Thüringern zu zeigen, daß die Partei die anstehenden Probleme auch lösen wird. Vor allem dürfe sich die CDU nicht von außen Personaldebatten aufdrängen lassen. Dafür hätten die Bürger kein Verständnis mehr.

In Zukunft wolle die Thüringer CDU noch deutlicher die Interessen der Menschen in den jungen Bundesländern einklagen. Sie wolle aber auch dazu beitragen, daß die Leistungen der alten Bundesländer für den Aufbau Ostdeutschlands den Menschen noch deutlicher gemacht werden. Der Prozeß der inneren Einheit sei noch lange nicht abgeschlossen. Deshalb müsse allen Widerstand entgegengesetzt werden, die versuchen, diesen Prozeß zu behindern. ■

50 Millionen Mark für den Kampf gegen Aids

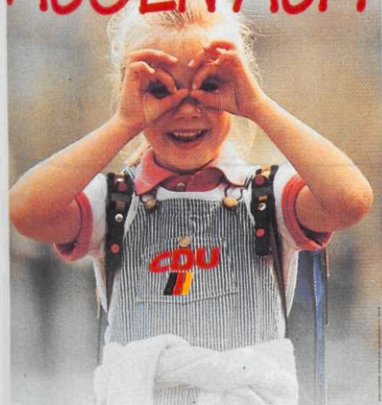
Insgesamt 50 Millionen Mark will das Bundesgesundheitsministerium 1993 für den Kampf gegen die Immunschwächekrankheit Aids bereitstellen. Wie das Ministerium in Bonn mitteilte, sind diese Ausgaben nach dem jüngsten Kabinettsbeschuß zum Bundeshaushalt möglich. Der Bundestag müsse jedoch noch zustimmen. Aus diesen Mitteln könne 1993 das Stiftungsvermögen der Nationalen Aids-Stiftung um zwei Millionen Mark aufgestockt werden. ■

Sommerwerbemittel

Nr.	Artikel	Preis
7519	NEU — Sommer-Poster , DIN A1 „Wir machen uns stark für Europa“ (Motiv wie Wandzeitung auf der UID-Rückseite)	DM 32,— je 50 St.
8175	Schöne Ferien, Poster, DIN A1	DM 25,— je 50 St.
8269	Sommer-Rahmenplakat, DIN A1 zur Ankündigung Ihrer Sommerveran- staltung	DM 38,— je 50 St.
9059	NEU — Papiertischdecke , chlorfrei recycelter Zellstoff mit rotem CDU-Aufdruck, 50-m-Rolle	DM 25,— je Rolle
9253	Riesenballon-Set, jedes Set enthält je einen roten, gelben und schwarzen Ballon. Der Umfang beträgt im auf- geblasenen Zustand bis zu 2,50 m	DM 22,— je Set
9258	CDU-Stundenplan	DM 20,— je 250 St.
9260	CDU-Winddrachen (mit 25 m Schnur)	DM 16,— je 5 St.
9292	Bierdeckel	DM 21,— je 600 St.
9304	CDU-Ballons, 5 Farben	DM 111,— je 1000 St.
9305	Drahtstäbe	DM 21,50 je 500 St.
9387	Punch-Ball, aufblasbarer Spezialluftballon mit Spielmöglichkeit ähnlich dem Jo-Jo	DM 14,— je 10 St.
	Euro-Kapuzen-Shirt T-Shirt aus 100% Baumwolle mit Kapuze ideal für Freizeit und Sport; Farbe: blau mit gelbem Europa-Druck	
9390	Größe L	DM 17,50 je Shirt
9391	Größe XL	DM 17,50 je Shirt
9392	Größe XXL	DM 17,50 je Shirt
9409	Sonnenblenden-Set Jedes Set enthält 12 Expl. in verschiedenen Farben	DM 24,— je Set
9614	Lederfußball	DM 39,— je 1 St.
9778	Wasserball	DM 35,— je 25 St.

Alle Preise inklusive Versand zuzüglich MwSt. Bestellungen an:
IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold, Fax (05423) 41521

AUGEN AUF!



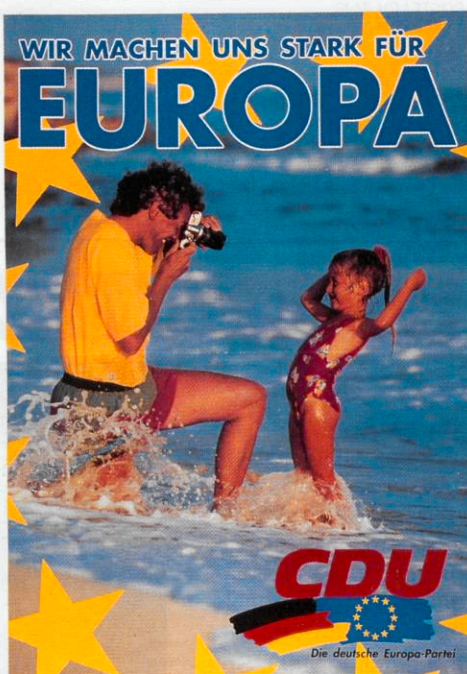
SCHULE HAT BEGONNEN!

Bestellen Sie rechtzeitig unser Poster (DIN A1) mit dem freundlichen Appell an den Autofahrer für die Zeit nach den Ferien, wenn die Schulanfänger zum erstenmal ihren Schulweg gehen. — Bestell-Nr.: 7441, Verpackungseinheit: 50 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 36, — DM.

Fensterschwamm



Bestell-Nr.: 9488
Verpackungseinheit: 10 Exemplare
Preis je Einheit: 29, — DM



Neu: Sommer-Poster

Bestell-Nr.: 7519
Verpackungseinheit: 50 Stück
Preis pro Einheit: 32, — DM

Bestellungen bitte an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Vermold
Fax (0 54 23) 4 15 21
Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Europa-Papierfähnchen

Bestell-Nr.: 9513
Verpackungseinheit: 1000 Stück
Preis je Einheit: 107, — DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Zur Erinnerung und als Geschenk

Konrad Adenauer verstarb vor 25 Jahren, am 19. April 1967. Aus diesem Anlaß haben wir zur Erinnerung an den ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland eine Gedenkmedaille herausgegeben.

In Feinsilber 999, Spiegelglanzprägung, 40 mm Durchmesser, 23 Gramm, kostet das Exemplar einschließlich Etui und Mehrwertsteuer 80,— DM. Hinzu kommen Porto- und Versandkosten.

Die Medaille ist zum Preis von 23,80 DM einschließlich Etui und Mehrwertsteuer (zuzüglich Porto- und Versandkosten) auch in Bronze-Ausführung lieferbar. Der Durchmesser beträgt bei dieser Version 50 mm.

Bestellungen bitte über die Union Betriebs-GmbH oder direkt bei:

Bonner Werbe-GmbH, Postfach 1505, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1
Telefon (0228) 53071 13, Telefax (0228) 53071 19



UID

22/1992

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Ver- einigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.